



# Unabhängige Bauernzeitung

„GZ02Z030371M“ P.b.b.  
Verlagspostamt: 4020 Linz

INFORMATIONEN des Österr. Unabhängigen Bauernverbandes

Nr. 116/10/16

*Drei Dinge helfen die Mühseligkeiten des Lebens zu tragen:  
Die Hoffnung, der Schlaf und das Lachen. Immanuel Kant*



v.l.: ÖR Großpötzl, BBV-Präsident Felßner, UBV-Präsident Keplinger

## MEINUNGSAUSTAUSCH UBV MIT BBV

Ende September fand ein neuerliches Treffen zwischen den Präsidenten des Bayerischen Bauernverbandes Günther FELSSNER und des Unabhängigen Bauernverbandes ÖR Karl KEPLINGER statt. An dem mehrstündigen Meinungsaustausch in der Grenzstadt Schärding, nahm auch der Organisationsreferent des UBV ÖR Johann GROSSPÖTZL teil. Der UBV ist für FELSSNER, neben dem

parteionabhängigen Bauernbund, ein wichtiger Gesprächspartner in Österreich. Auch wenn die Meinung nicht immer die gleiche ist, wird es in Zukunft regelmäßig Gespräche zwischen den bayerischen Bauernvertretern und dem Unabhängigen Bauernverband geben.

### Themen dieses Treffens waren vor allem:

- TTIP und zusätzliche Ausgleichszahlungen wie beim EU-Beitritt.
- Weniger Kontrollen und Bürokratie auf den Bauernhöfen.
- Der stete Einkommensrückgang in der Landwirtschaft.
- Russlandsanktionen – Neutralität – Einreiseverbot.
- Klage betreffs Transparenzdatenbank.
- Der Milch-, Rinder-, Schweine- und Getreidemarkt. In welche Richtung geht die Entwicklung und gibt es dazu Alternativen.
- Palmfett soll wieder durch Milchfett ersetzt werden.
- Die Notwendigkeit der Mutterkuh- und Tierwohlprämie zur Stabilisierung des Milchmarktes.
- Verstärkte Zusammenarbeit zwischen den beiden Berufsvertretungen.

Im Zusammenhang mit den Russlandsanktionen forderte der UBV Bundeskanzler KERN und Vizekanzler MITTERLEHNER auf, das Einreiseverbot für den russischen Landwirtschaftsminister nach Österreich aufzuheben. Österreich habe mit Abschluss des Staatsvertrages den Russen eine Neutralität, gleich jener der Schweiz, versprochen und diese sei einzuhalten.

## HÖHERES EINKOMMEN DER SCHWEIZER LANDWIRTE ERWARTET

(Quelle: Top Agrar, 13.10.2016)

Das sektorale Einkommen der Schweizer Landwirtschaft wird in diesem Jahr voraussichtlich um 6,2 % höher liegen als 2015

und damit den Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre übertreffen. Davon geht das Bundesamt für Statistik (BFS) in seinen ersten Schätzungen für die Landwirtschaftliche Gesamtrechnung aus.

Die wesentlichen Gründe für diese Entwicklung sind nach Angaben der Statistiker ein Rückgang der Produktionskosten und bessere Preise am Schlachtschweine- und -rindermarkt. Ausgesprochen schlecht sehe es in diesem Jahr allerdings für den Ackerbau aus. Auf der Ertragsseite wird sich der Gesamtproduktionswert der Schweizer Landwirtschaft in diesem Jahr laut der Prognose des Statistikamtes auf rund 10,2 Mrd. sfr (9,3 Mrd. Euro) belaufen; im Vergleich zu 2015 wäre das ein Plus von 0,9 %. Daneben bezieht der Agrarsektor 2,9 Mrd. sfr (2,7 Mrd. Euro) an staatlichen Leistungen, wozu in erster Linie die Direktzahlungen gehören. Gegenüber dem Niveau von 2015 ist das ein Zuwachs von 0,2 %. Auf der Aufwandseite sollen die Produktionskosten um 0,8 % auf 10,1 Mrd. sfr (9,2 Mrd. Euro) sinken. Der Saldo aus Ertrag und Aufwand, also das Einkommen des Landwirtschaftssektors, mit dem hauptsächlich die Arbeit und das eingesetzte Kapital der Bauernfamilien entschädigt werden, wird auf 3,1 Mrd. sfr (2,8 Mrd. Euro) beziffert; dies würde gegenüber 2015 einer Zunahme von 178 Mio. sfr (163 Mio. Euro) entsprechen.

Das gesamte vom Landwirtschaftssektor erzeugte Entgelt wird von den Statistikern mit 4,3 Mrd. sfr (3,9 Mrd. Euro) angegeben; im Vergleich zum Vorjahr wäre dies ein Plus von 4 %. Es setzt sich zusammen aus den Löhnen und Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer in Höhe von 1,3 Mrd. sfr (1,2 Mrd. Euro) und dem Nettounternehmenseinkommen der Selbstständigen von 3,1 Mrd. sfr (2,8 Mrd. Euro).

## INFORMIERT EUCH BETREFFS „NEUE“ EINHEITSWERTE !!

Bisherige Informationen betreffend die Bescheide für die neuen Einheitswerte lauten, dass es viele massive Erhöhungen, gerade auch im Berggebiet gibt. Für jeden dieser Betriebe geht es dabei um eine ganze Menge Geld. Diese Erhöhungen sind nicht „gottgewollt-unabänderlich“, sondern fußen auf gesetzlichen Grundlagen. Die Einspruchsfrist beträgt nur vier Wochen und es ist dringend zu empfehlen sich zu informieren.

Das heißt konkret: Ansuchen beim zuständigen Finanzamt um „Zusendung der Bewertungsgrundlagen und um die Bekanntgabe seines eigenen Vergleichsbetriebes“. Dieses Ansuchen hat aufschiebende Wirkung und verlängert die Einspruchsfrist. Diese Unterlage studieren – oder sich daraufhin in der Kammer beraten lassen – und darauf aufbauend einen **begründeten Einspruch** machen, der durchaus erfolgversprechend sein kann. Aber die Begründung muss „sitzen“ – stichhaltig sein! – Es kann ja wohl nicht sein, dass nach vier Jahren massiver Einkommensverluste, bei unveränderten Betriebsverhältnissen der Einheitswert enorm erhöht wird. Laut „Codex Österreichische Steuergesetze Stand 2013/14“ gibt es die Möglichkeit solche Erhöhungen abzuwenden. – Es ist bedauerlich, dass die eigene Interessenvertretung in dieser entscheidenden Frage so wenig aktiv war – und ist.

## KEINE AUFSCHEBUNG DER NEUEN SVB-BEITRÄGE IN SICHT!

Die Vollversammlung der öö Landwirtschaftskammer hat einen Resolutionsantrag verabschiedet in dem gefordert wird, die geänderten SVB-Beiträge aufgrund der neuen Einheitswerte vom 1.1.2017 auf 1.1.2018 zu verschieben. Man hat damit der finanziell ausgebeuteten Bauernschaft, wider besseres Wissen, Hoffnungen gemacht, die sich laut „SVB aktuell“ nicht erfüllen werden. So steht in der Juli-August Folge Folgendes: „Für den Bereich der Sozialversicherung **werden die neuen EW ab 1.1.2017 wirksam, einen zeitlichen Spielraum gibt es nicht**. Eine Korrektur des EW kann von der SVB erst nach Erlassung eines berechtigten EW-Bescheids durch das Finanzamt berücksichtigt werden.“ – Zur Aussetzung der Quartalsbeiträge 2016 schreibt Obfrau ÖR Theresia MEIER: **„Ein Aussetzen des Quartalsbeitrages stellt eine Ausnahmeregelung dar, die nur über eine eigene gesetzliche Grundlage erfolgen** und nicht von der SVB selbst entschieden werden kann.“

# BURGENLAND:

## INFORMATIONSEDEFIZITE ALS REGEL?!

Vor einem Jahr wurden Burgenlands Bäuerinnen und Bauern ganz überraschend, ohne jede Vorausinformation, von heute auf morgen davon informiert, dass das Projekt BERTA, heißt „Burgenländische Einrichtung zur Realisierung Technischer Agrarprojekte“, bereits Ende Juni 2015 beendet wurde. Jene landwirtschaftlichen Betriebe die daran mit einer Vielzahl von verschiedenen Naturschutzmaßnahmen beteiligt waren, hingen dadurch betriebswirtschaftlich in der Luft. Keinerlei Mitteilung darüber wie es mit den begonnenen Projekten weitergeht, ob sie einer anderen Nutzung zugeführt werden, wie eine Anbauplanung erfolgen kann. **Nach über einem Jahr Funkstille**, erhielten sie jetzt die Benachrichtigung, dass das Projekt BERTA weitergeführt wird. Obwohl auch bäuerliche Betriebe Unternehmen sind, die der Planungssicherheit bedürfen, ist behördliche Säumigkeit – Nachlässigkeit – in diesem Bereich just keine Seltenheit. Betreffs Ausgleichszahlungen durch die AMA wurden hier ja schon seit längerem kritikwürdige Beispiele gesetzt.

## VOM FROST VERSCHONT, VOM HAGEL VERNICHTET

Was im Südburgenland im Frühjahr der Frost verschonte, das ruinierte der Hagel Mitte August mit voller Härte. Dadurch wird der Ruf nach einer „fliegenden“ Hagelabwehr, wie dies in Niederösterreich und der Steiermark bereits praktiziert wird, immer lauter. Diese „Hagelflieger“ bringen Silberjodid in die Gewitterwolken ein, wodurch anstatt der großen, viele kleine Hagelkörner entstehen und sich damit der Schaden wesentlich verringert. Derzeit gewährt das Land nur Zuschüsse zur Hagelversicherung in Höhe von mehr als drei Millionen Euro pro Jahr. Der Durchversicherungsgrad gegen Hagelschäden liegt derzeit im landwirtschaftlichen Bereich bei etwa 70 Prozent. Da es sich bei Hagel um ein versicherbares Risiko handelt, sind Entschädigungen aus dem Katastrophenfonds ausgeschlossen, wie seit langem bekannt.

## WETTERKAPRIOLEN VERNICHTETEN 50 PROZENT

Weil in der ersten Septemberhälfte die Weinlese im Seewinkel voll im Gange war, wurden Ende des Monats bereits die ersten Jungweine verkostet. Ab Monatsmitte ging dann auch im Südburgenland die Lese richtig los. Heiße Tage und kühle Nächte ließen einen guten Jahrgang wachsen, aber mit einer nur geringen Menge. Denn nach Schätzungen von Fachleuten, haben Hagel, Starkregen und Stürme in den zurückliegenden Monaten mehr als 50 Prozent der burgenländischen gesamten Weinernte vernichtet. Das spiegelt sich auch wieder in den heurigen Traubenpreisen, die merkbar höher waren als im Vorjahr. Erhielt bzw. zahlte man 2015 im Mittel, je nach Sorte 0,75 bis einen Euro je Kilo Trauben, so waren es heuer beim „Weißen“ 1,30 bis 1,50 Euro und beim „Roten“ 80 bis 90 Cent gegenüber 35 Cent im Vorjahr. – Im übrigen Obstbau liegen die Verluste durch das Wettergeschehen bei 60 Prozent und die Apfelbauern beklagen trotz geringem Angebot sehr gedrückte Erzeugerpreise.

## 50.000 TONNEN ZUCKER VON 4.000 HEKTAR RÜBEN

Im Burgenland hat mit 5. September die heurige Zuckerrübenernte begonnen. Durch die günstige Witterung (für die Rüben) erwarten die burgenländischen Rübenbauern von ihrer Fläche von rund 4.000 Hektar einen Zuckerertrag von ca. 50.000 Tonnen Zucker. Das deutet auf eine sehr gute Ernte hin, sowohl qualitativ (Zuckergehalt) als auch hinsichtlich der Erntemenge. Diese an sich positiven Erwartungen werden durch zwei Faktoren getrübt. Zum einen ist der Rübenerzeugerpreis kalkulatorisch gesehen völlig unzureichend und bringt auch bei einer sehr guten Ernte für Rübenbauern keine entsprechenden finanziellen Reserven, die so bitter notwendig wären. Zum anderen ist die Preissituation in allen Hauptbetriebszweigen der Landwirtschaft absolut schlecht, vielfach nicht einmal kostendeckend und die Einkommenssituation im Allgemeinen katastrophal. Über 30 % Einkommensverluste in den letzten vier Jahren hinterlassen tiefe Spuren, bedrohen abertausende bäuerliche Existenzen. Die Maisernte lässt hohe Erträge erwarten, aber auch hier sind zu erwartende fallende Erzeugerpreise alles andere als eine Frohbotschaft, die Freude vermittelt.

# NIEDERÖSTERREICH:

## „VIELFALT IST UNSERE STÄRKE!“

So lautet der Leitspruch unserer Kammer, aber wie aktuell, wie wirklichkeitsnah ist er denn? Die Vielfalt ist schon eine gute Sache auf unseren Höfen – soweit sie dort halt noch vorhanden ist. Denn in den letzten Jahrzehnten wurden die landwirtschaftlichen Betriebe, sie galten als innovativ und zukunftssträchtig, aufgrund der Beratung und Förderung von Kammer und Ministerium, massiv umgestellt. Spezialisieren, rationalisieren und investieren war die Devise, von „Experten“ ausgedacht und empfohlen. Und so wurde die Vielfalt immer weniger, „produzieren was der Markt braucht“. Ebenso – nicht programmgemäß – die STÄRKE, denn die Erzeugerpreise sind nicht fair, das heißt kostengerecht, schon seit Jahr und Tag nicht.

Wie jeder Unternehmer, müssen auch Betriebsführer auf den Höfen, jenen Betriebszweig (oder mehrere) forcieren, der sich gut entwickelt, der aber auch finanziell etwas abwirft. Beim Bauern wird dies zunehmend schwierig, zumal viele Betriebszweige aus ökonomischen Gründen wegrationalisiert wurden. Zweifellos produziert man den Liter Milch, das Kilo Schweinefleisch, das Kilo Rindfleisch oder das Kilo Weizen billiger, wenn man sich darauf spezialisiert hat, je größer der Betrieb ist. Aber auch die Großen schreiben derzeit rote Zahlen.

Aber was nützt letztlich all das, wenn die ganze Umstellung, die Investitionen, die fachliche Aus- und Fortbildung, wenn der Verkaufspreis nicht kostendeckend ist und man darauf keinerlei Einfluss hat? Jetzt wieder einen neuen Betriebszweig aufmachen? Wiederum umstellen, wiederum ohne Planungssicherheit, ohne auch nur mittelfristige Verlässlichkeit? Woher die Motivation nehmen wiederum einen Kredit aufnehmen zu müssen, weil kein Einkommen zu erwirtschaften war, trotz Fleiß und Fachwissen? Einen neuen Kredit, wo doch noch Schulden von den vorangegangenen Investitionen da sind? Motiviert sein als Grünland-, als Bergbauer, mit eng begrenzten Möglichkeiten schon von der Lage her? Ja wo sind denn noch in der Landwirtschaft gewinnversprechende Betriebszweige? Denn ohne Gewinn funktioniert auch das Unternehmen Bauernhof auf Dauer nicht! Nischenproduktion? Wo dies möglich ist JA, aber je mehr sich darauf stürzen desto weniger einträglich wird auch diese Produktion.

## ZWEITBERUF ALS ALTERNATIVE?

Als Alternative „auswärts“ arbeiten gehen, sich um einen Zuverdienst umschaun? Zwei Berufe, nur damit der Hof ERHALTEN werden kann? Das heißt aber in der Regel auch „Sieben-Tage-Arbeitswoche“, arbeiten rund um die Uhr, Verzicht auf Lebensqualität. Ist etwa dies das Los der Bäuerinnen und Bauern von morgen?

Die Optimisten auch unter der Bauernschaft sterben gottlob noch nicht aus, also werden die Zeiten auch wieder besser werden. Die professionellen Zweckoptimisten unter den Politikern weisen ja nach jeder Einkommenskatastrophe darauf hin, denn „die Bauern haben doch bisher immer überlebt“. Aber wie viele? Wie viele Höfe werden bis dahin ihre Tore noch schließen, wo doch das Höfesterben unvermindert weitergeht und kein Ende in Sicht ist? Dem stehen gegenüber all die vollmundigen Aussagen von unseren Spitzenpolitikern, „dass die bäuerliche Landwirtschaft unbedingt gebraucht wird und erhalten werden müsse“! Höfe sterben als Wirtschaftsunternehmen wiewohl man sie in Zukunft dringend brauchen würde, nicht nur in Krisenzeiten! Aber diesbezüglich geschieht in Wirklichkeit nichts. Auch in der Agrarpolitik werden schon seit langem keine „Nägel mit Köpfen“ mehr gemacht, aber unendlich viel Blabla.

„Vielfalt ist unsere Stärke“! Wenn man geistige Vielfalt mit einschließt, müsste es doch gelingen die so dringend nötige Systemumstellung in der Agrarpolitik durchzuführen. Hin zu fairen Arbeitseinkommen für die bäuerlichen Familienbetriebe, wo sich Fleiß, Leistung und Können auch rentieren, weil nur damit eine nachhaltige, flächendeckende Bewirtschaftung im bisherigen Ausmaß gesichert werden kann und auf den Höfen sich Nachfolger finden.

## VORANKÜNDIGUNG LANDESVERBANDSTAG 2016

Feststeht das Datum für den heurigen UBV-Landesverbandstag, die Jahreshauptversammlung 2016, am **Sonntag, dem 11. Dezember 2016**. Ort und Veranstaltungsbeginn einschließlich der Tagesordnung werden allen UBV-Mitgliedern zeitgerecht bekannt gegeben. – Bitte Termin freihalten!

## LANDWIRTSCHAFTSSCHULEN WERDEN GESCHLOSSEN!

Von den 18 landwirtschaftlichen Fachschulen in Niederösterreich sollen in den nächsten fünf Jahren sechs geschlossen werden. Als Begründung werden sinkende Schülerzahlen durch den Strukturwandel in der Landwirtschaft angeführt. Überdies soll nach einer vorliegenden Studie die Zahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in NÖ auch weiterhin abnehmen und zwar von rund 44.500 im Jahr 2013 auf rund 30.000 im Jahr 2025. **Das wäre ein Höfesterben um weitere rund 32 Prozent.**

Das ist eine Studie, die so richtig die möglichen künftigen Hofnachfolger motivieren wird, Bäuerin bzw. Bauer zu werden! Man nimmt also seitens der Politik diese Studie als Basis – als unveränderbar – hin und baut darauf zukünftige Planungen auf. Das lässt den Schluss zu, dass diese, an sich katastrophale Entwicklung, die geschönt als Strukturwandel benannt wird, von der hohen Politik gewollt und geplant ist.

Man schließt somit Schulen, die gut wirtschaften, die ausgelastet sind und in die eine ganze Menge Geld investiert wurde. **Wo aber bleibt jene Studie, von der gesetzlichen Interessenvertretung der Bauernschaft in Auftrag gegeben, die Wege aufzeigt, wie man diesem ruinösen Strukturwandel entgegenwirken könnte?** Im Interesse des Staates, der Wirtschaft, des Tourismus und der Gesamtbevölkerung, weil bäuerliche Familienbetriebe, 2013 waren es bundesweit noch 153.516 laut Grüner Bericht 2016, in mehrerlei Hinsicht wirklich unersetzbar sind. Ist das etwa die von Minister RUPPRECHTER jüngst groß angekündigte Stärkung des ländlichen Raums? Jene, die von den verschiedensten politischen Entscheidungsträgern immer wieder ins Treffen geführt wird? Wie hieß es doch jüngst seitens der Regierungsspitze: „Wir wollen die Glaubwürdigkeit der Politik wiederherstellen!“ Schaut aber gar nicht danach aus!

Für die Zusammenlegung und Modernisierung der Standorte will das Land Niederösterreich 100 Mio. Euro flüssig machen. Allein mit diesem Geld könnte man eine ganze Menge tun um etwaige Defizite bei den derzeitigen landwirtschaftlichen Fachschulen zu beheben, um durch positive Änderungen in der Agrarpolitik jener Jugend Mut zu machen, die überlegt, ob es sich überhaupt noch lohnt Bäuerin bzw. Bauer zu werden. Die ihr die Zuversicht geben – durch Taten, nicht durch Worte – dass es aufwärts geht mit dem Bauernstand und nicht ständig abwärts. (Quelle: Zahlen „Erlauerer NÖN“ Nr. 39)

ALOIS FRÖSCHL

## DAS HÖFESTERBEN IN NIEDERÖSTERREICH

Die Politik redet nur immer davon, was sie alles tut für die Landwirtschaft, wie viele Millionen dort immer wieder hinein gebuttert werden und, dass die Bauern halt innovativ sein müssen, qualitativ noch besser und kostengünstiger mehr produzieren müssten. Über deren diskriminierende Einkommen seit Jahrzehnten und dennoch ihrer, für die Gesamtwirtschaft bedeutungsvollen Investitionsbereitschaft, fällt bestenfalls hie und da ein Nebensatz. Betont wird der ihrer Meinung nach notwendige Strukturwandel, während man gleichzeitig wissen lässt, dass jeder aktive Bauernhof wichtig ist und dessen Fortbestand auch in Zukunft erforderlich sei. Widersprüche sind im Agrarbereich üblich!

Was bei dieser Agrarpolitik, bei dieser beschworenen „ökosozialen Politik“ unterm Strich herauskommt, ist dann in den jährlichen Grünen Berichten nachzulesen. Früher einmal, es klingt ja ohnehin schon fast wie ein Märchen, galt der Bauernstand als erster Berufsstand im Staate. Früher einmal – denn heutzutage wird der Grüne Bericht zwar im Nationalrat diskutiert, mit großer Mehrheit gutgeheißen und damit hat sich's. Es ist zu bezweifeln, dass diesen selbst alle „Bauernvertreter“ aufmerksam und mit Interesse gelesen haben. Deren Verhalten spricht dem entgegen. Die Zahlen für NÖ lauten:

|                     |                       |                                   |                                   |
|---------------------|-----------------------|-----------------------------------|-----------------------------------|
| 2005 gesamt:        | 44.519 Betriebe       | davon 22.661 im Haupterwerb       | 21.858 Nebenerwerbsbetriebe       |
| 2013 gesamt:        | 37.845 Betriebe       | davon 18.232 im Haupterwerb       | 19.613 Nebenerwerbsbetriebe       |
| <b>Höfesterben:</b> | <b>6.674 Betriebe</b> | <b>davon 4.429 im Haupterwerb</b> | <b>2.245 Nebenerwerbsbetriebe</b> |
| in Prozent:         | – 14,99               | – 19,54                           | – 10,27                           |

**Das alles in nur acht Jahren**, wobei auffällt, dass die Betriebsaufgaben innerhalb der Haupterwerbsbetriebe fast doppelt so hoch waren, wie jene bei den Nebenerwerbsbetrieben. (Quelle: Grüner Bericht 2007 und Grüner Bericht 2016 – Agrarstrukturhebung laut EG-Vorschrift. – Alle land- und forstwirtschaftlichen Betriebe ab ein Hektar)

# OBERÖSTERREICH:

## HOHE AUSZEICHNUNG FÜR UBV-PRÄSIDENT

Wie auch jüngst im Mitteilungsblatt der LK-Oberösterreich zu lesen war, erhielt UBV-Präsident KR Karl KEPLINGER kürzlich den Titel Ökonomierat von Minister RUPPRECHTER. Insgesamt wurde sechs verdienten Funktionären Ende September diese höchste Auszeichnung im landwirtschaftlichen Berufsstand, der Berufstitel „**Ökonomierat**“, den der Bundespräsident verleiht, vom Landwirtschaftsminister in Form eines Dekrets überreicht. KEPLINGER ist damit der zweite Bundesobmann des UBV, dem diese hohe Auszeichnung zuteil wird und er ist sicher für manche ein „Überraschungs“-Titelträger als UBV-Landesobmann und bewusst kritischer Fraktionssprecher des UBV in der LK-Oberösterreich. Schließlich ist er nicht selten mit seinen Wortmeldungen, Interviews und Ähnlichem im Interesse der Gesamtbauernschaft – angeeckt – und auf emotionalen Widerspruch gestoßen.

Die Redaktion der UBZ gratuliert ihm zu diesem Titel ganz herzlich, denn er hat ihn sich wirklich verdient. Ganz abgesehen von seiner vielfältigen und zeitaufwendigen ehrenamtlichen Tätigkeit als UBV-Spitzenfunktionär, ist es zum größten Teil sein persönliches Verdienst durch Beharrlichkeit und Verhandlungsgeschick einen ersten wesentlichen Schritt einer Landwirtschaftskammer-Reform 2008 in OÖ erreicht zu haben. Es hat sich damit auch Grundlegendes im Ablauf der Kammervollversammlungen und LK-Ausschuss-Sitzungen geändert. Nicht nur die UBZ-Redaktion, sondern sicherlich auch alle UBV-Mitglieder in ganz Österreich freuen sich über diese Auszeichnung und wünschen ihrem Präsidenten auch weiterhin viel Erfolg im eigenen Interesse und für den Bauernstand.

## AUS DER LK-VOLLVERSAMMLUNG VOM 28. SEPTEMBER

Auch in dieser Kammervollversammlung, der vorletzten im heurigen Jahr, hat die UBV-Fraktion eine Reihe eigener Anträge eingebracht – und andere unterstützt. Insgesamt waren es zehn Anträge, zu viele, meinen immer wieder manche Kritiker. Aber in Zeiten wie diesen häufen sich leider die Probleme für die Landwirtschaft, für Bäuerinnen und Bauern. Das veranlasst den UBV, diese auch im Interesse des Berufsstandes in der Vollversammlung der berufsständischen, gesetzlichen Interessenvertretung anzusprechen um Lösungen, Regelungen, um Verbesserungen zu erreichen. Die Anträge in Kurzform:

1. Die Vollversammlung der LK-OÖ fordert den oö Landtag, den Landwirtschaftsminister, die Bundesregierung auf, sich für den **Abbruch der TTIP-Verhandlungen** einzusetzen. Dieser Antrag wurde einstimmig beschlossen.
2. Die Vollversammlung der LK-OÖ fordert ebenso den oö Landtag, Landwirtschaftsminister und Bundesregierung auf, sich für die **Ablehnung des CETA-Abkommens** einzusetzen. Der Antrag wurde mit BB-Mehrheit abgelehnt. UBV, SPÖ, FB und Grüne haben ihn unterstützt.
3. Die Vollversammlung fordert die Bundesregierung auf, das **Einreiseverbot** für den russischen Landwirtschaftsminister Alexander TKATSCHOW **aufzuheben**. – Einstimmige Annahme.
4. Die Vollversammlung fordert den oö Landtag auf, eine **Änderung der „Jagdabschussplan-Verordnung“** vorzunehmen. Denn es kann ja nicht sein, das bei jahrelanger „Weiserflächenbewertung“ mit der Note 1, trotzdem ein Wildschaden von 200 Euro je Hektar geltend gemacht wird. (Wie dies vom UBV schriftlich im Rechts- und Wirtschaftspolitischen Ausschuss der LK-Vollversammlung eingebracht wurde. – Siehe Protokoll). – Der Antrag wurde von BB und SPÖ abgelehnt, UBV, FB und Grüne haben ihn unterstützt.
5. Die Vollversammlung fordert den oö Landtag auf, die **Zustellung des Bescheides der Wildschadenskommission** von sechs Monaten auf acht Tage zu verkürzen, denn nur so kann ein gerichtlich beeideter Sachverständiger den Schaden noch zeitgerecht bewerten. Nach sechs Monaten ist der tatsächliche Wildschaden weder im Wald, noch bei den inzwischen abgeernteten Feldfrüchten zu ermitteln. – Gegen die Stimmen von UBV, FB, SPÖ und Grünen wurde der Antrag von der BB-Mehrheit abgelehnt.
6. Die Vollversammlung fordert den oö Landtag auf, das „**OÖ Jagdgesetz**“ auf das Vorarlberger Modell **umzustellen**. – Antrag von allen Partei-Fraktionen BB, SPÖ, FPÖ und Grüne abgelehnt. UBV dafür.
7. Die Vollversammlung fordert Nationalrat und Bundesregierung auf, die landwirtschaftlichen **Einheitswerte** unbürokratisch so schnell als möglich **abzusenken**. Ein fünfjähriges massives Einkommensminus in der Landwirtschaft in Folge sind Grund genug, um die zusätzlichen finanziellen

Belastungen durch die Neufestsetzung der Einheitswerte rückgängig zu machen. – Von BB und SPÖ gegen UBV, FB und Grüne abgelehnt.

8. Die Vollversammlung fordert das Gesundheitsministerium und die dafür zuständigen Stellen auf, die **Leistungen aller Krankenkassen zu harmonisieren**. Das Leistungsangebot der SVB für uns Bauern und Bäuerinnen soll jenem anderer Kassen gleichgestellt werden. – BB, SPÖ und Grüne lehnen Antrag mit Mehrheit ab, UBV und FB unterstützten diesen.
9. Die Vollversammlung fordert (ihren) Präsident ÖR REISECKER auf, seine **Kammer-Pflichtmitglieder befragen** zu lassen, an welchen Standorten die acht vorgesehenen Außenstellen der Landwirtschaftskammer eingerichtet werden sollen. – Gegen die Stimmen ALLER Minderheitsfraktionen von der BB-Mehrheit abgelehnt.
10. Stetig rückläufige Bauerneinkommen fordern wirksame Entlastungsschritte. Die heimische Bauernschaft war im vergangenen Jahr mit dem vierten Einkommensminus in Folge konfrontiert und auch für das heurige Jahr zeichnet sich absolut keine Entspannung ab. Im Vergleich zu 2011 sind die Einkünfte aus der Land- und Forstwirtschaft im Jahr 2015 – im Durchschnitt aller Betriebe – um 10.224 Euro pro Betrieb zurückgefallen. Das ist um mehr als ein Drittel. Vor diesem Hintergrund fordert die Vollversammlung neuerlich mit Nachdruck die Umsetzung einer **Mineralölsteuer-Entlastung für Agrardiesel**. Dieser einseitige Wettbewerbsnachteil für die heimischen Betriebe, kann aufgrund des intensiven Markt- und Preisdruckes nicht mehr länger hingenommen werden. Zudem fordert die Vollversammlung als rasch wirksame Entlastungsmaßnahme und zur Verbesserung der Liquidität der Betriebe die rasche Umsetzung des einmaligen **Entfalles einer SVB Quartalszahlung**. Die immer wieder in Diskussion gebrachte „Stundung“ dieser Gelder wird hingegen klar abgelehnt, denn dies würde dann ja nur eine kurzfristige Liquiditätsverbesserung, nur ein Kredit, aber keine tatsächlich wirksame Entlastungsmaßnahme sein. – **Mit den Stimmen von BB, UBV, SPÖ und FPÖ angenommen**, der Grüne KR STAMMLER stimmte als Einziger dagegen.

Anmerkungen: Der Ex-Biobauern-Kontrollor und einzige Grünmandatar in der oö Landwirtschaftskammer KR Clemens STAMMLER stimmte sowohl gegen die Einführung des Agrardiesels als auch gegen die SVB-Beitragsaussetzung für das vierte Quartal 2016.

Die Mitglieder der UBV-Fraktion in der Kammer wundern sich über die offensiv zur Schau getragene Grün-Blau Allianz, vermissen zunehmend jene überaus vernünftige und sachdienliche Gesprächsbasis, die längere Zeit über Parteigrenzen hinweg innerhalb der Minderheitsfraktionen bestand.

## Angemeldet heißt nicht „teilgenommen“

von Hannes Winklehner

Komisch, dass der Grüne KR STAMMLER beim Kammerbudget zustimmt und dann die vor Kurzem stattgefundene Reise für Kammerfunktionäre nach Portugal in der Zeitung „Grünes Land“ in Frage stellt, bei der ich jedoch nicht teilgenommen habe. Wegen des angespannten Kammerbudgets machte ich im Oktober 2015 in einer Kontrollausschusssitzung den Vorschlag, wir Kammerfunktionäre könnten von unseren Funktionserschädigungen und Reisekostensätzen eine Rücklage bilden, um künftig Feierlichkeiten (Geburtstagsfeiern, Ökonomieratsfeiern, das jährlich veranstaltete Fest am Teich sowie auch Fachexkursionen: Portugalreise) selbst zu finanzieren.

„Wegen ein paar Kotelett und Bier soll man doch nicht so kleinlich sein.“ Das war auch die Meinung von Kollege STAMMLER und der übrigen parteiabhängigen Kontrollausschussmitglieder (FPÖ, SPÖ).

Bleibt für mich die Frage: Warum zieht ein Kammerrat der Opposition den UBV in den Schmutz? Stört es jemanden, dass sich der UBV um alle Bauern, egal mit welcher politischen Parteizugehörigkeit, in der Interessensvertretung auf Kammerebene annimmt? Vielleicht blieb KR STAMMLER ja deshalb zu Hause, weil ein Selbstbehalt von Euro 250,- zu bezahlen gewesen wäre.

Will vielleicht jemand – wenn er schon nicht den Bauern helfen kann und will – sich selbst retten durch das Anstreben eines Landtags- oder Nationalratsmandates. In den UBV-Statuten ist es geregelt, dass UBV-Funktionäre einen solchen Karrieresprung niemals erreichen und nicht anstreben. Haben wir nicht alle die gleichen Interessen? Wäre es nicht an der Zeit, das jahrzehntelange parteipolitische Hick-Hack auf Kammerebene zu beenden und den Bauern endlich ernsthaft zu helfen? Offensichtlich nicht, denn selbst bei den Anträgen zur Kammervollversammlung gibt es immer häufiger gemeinsame rot-blau-grüne Anträge.



Hannes  
Winklehner



Klaus  
Wimmesberger

## Bauernbund stimmt FÜR CETA!

von Klaus Wimmesberger

In der jüngsten Vollversammlung vom 28.9. brachte der UBV einen Antrag zur Ablehnung des, auch unter Experten umstrittenen, CETA-Handelsabkommens mit Kanada ein. Er wurde von allen unterstützt mit Ausnahme vom Bauernbund. Präsident REISECKER und Agrarlandesrat HIEGELSBERGER halten dieses Abkommen für als ganz wichtig für unsere Bauernschaft.

Kanada erwartet sich damit, dass Europa seinen Überschuss an Rind- und Schweinefleisch abnimmt. Als Gegengeschäft könnten wir dann ja Käse (um 2-Euro das Kilo??) dorthin liefern. Zu erwarten ist dadurch, dass aufgrund der unterschiedlichen Tierhaltungs- und Qualitätsstandards die Erzeugerpreise für Fleisch in Österreich sinken. Der BB muss sich die Frage gefallen lassen, ob er etwa, von der ÖVP-Parteizentrale gelenkt, Handlanger der Großkonzerne sei und die Interessen der heimischen Landwirtschaft verraten will. Wir haben keinen Grund unsere strikte Ablehnung von CETA und TTIP aufzugeben und werden uns auch weiterhin für die Ablehnung dieser Handelsabkommen einsetzen.



Elfriede  
Hemetsberger

## Harmonisierung der Kassenleistungen

von Elfriede Hemetsberger

Nach der Begründung unseres Antrages betreffs „Harmonisierung der Leistungen aller Krankenkassen“ meldete sich Kollegin Johanna MIESENBERGER zu Wort. Sie habe drei Kinder und sei mit den Angeboten der SVB sehr zufrieden (Jugendliche in Lignano, FIBS, Gesundheitswochen etc.). – Wortmeldung von Hannes WINKLEHNER: Er habe Probleme mit der SVB ein Krankenbett zu bekommen, worauf Frau Hemetsberger die Emotionen durchgegangen seien. Sie wies darauf hin, dass die SVB nur ein Paar orthopädische Maßschuhe im Jahr bezahlt, egal ob es sich um Jugendliche im Wachstumsalter oder um Erwachsene handelt. Egal wie abgetragen im Jänner gekaufte Schuhe dann im August sind. Sie sei seit 17 Jahren pflegend und hatte immer wieder Probleme mit der SVB bei Krankentransporten, dem Ausleihen eines Rollstuhls u.a.



Karl Ketter

## Widersprüchliche Gutachten bei 110-KV-Leitung

Karl KETTER (UBV-Ersatz) thematisierte das Problem 110-KV-Leitung Hohenzell-Raab, da im Juni der energierechtliche Bescheid zugestellt wurde. Er krisierte vor allem, dass zwei von den Grundeigentümern veranlasste Gegengutachten von renomierten Fachleuten, von den zuständigen Behörden ignoriert wurden. KETTER wies weiters darauf hin, dass in Bayern vorgeschrieben ist, eine 110-KV-Leitung als Erdkabel zu verlegen, sofern dies nicht mehr als das 2,7-fache einer Freileitung kostet. Bei diesem Projekt würde eine Verkabelung um Raab und Umgebung mit Energie zu versorgen, allerdings eine 30-KV-Leitung, vier Mio. Euro kosten. Die 110-KV-Freileitung kostet über 12 Mio. Euro.

Weiters forderte Karl KETTER eine Einfuhrsteuer auf Palmöl, auch unter Hinweis auf bestehende Überlegungen Zucker mit einer Sondersteuer zu belegen (Gesundheitsprobleme). Unter Hinweis, dass Präsident REISECKER in seinem Bericht stetige Einkommensverluste in den letzten fünf Jahren im Ausmaß von mehr als 33 Prozent bestätigte, kritisierte KETTER die gestiegenen landwirtschaftlichen Einheitswerte heftig. „Man kann doch nicht in Zeiten sinkender Einkommen die Einheitswerte erhöhen“, die laut Gesetz den kapitalisierten Reinertrag eines schuldenfreien Betriebes auf Fremdlohnbasis abbilden sollen.

**Anmerkung am Rande:** Die FPÖ hat im Landtag nichts dagegen wenn der ÖVP-Bauernbund zweimal 100.000 Euro an Parteienförderung bekommt (Bericht in der Kronenzeitung). Die FPÖ ist jedoch dagegen, dass der UBV aus dem Landesbudget auch nur 1 Cent Förderung für seine Informationstätigkeit bekommt. Der UBV erhält keinerlei Gelder aus dem Titel „Medienförderung“. Der UBV ist sehr verwundert über die Haltung einer Partei, die Korrektheit und ein Ende jedweder Bevorzugung auf ihre Fahnen geheftet hat.

## Zur LK-Vollversammlung

von Ilse Feldbauer

Solange es in Österreich eine hohe Parteiförderung gibt, wird es kein Miteinander in der Agrarpolitik geben, so wie in Deutschland oder in den anderen Ländern, in denen der Bauernverband stark ist.

Unsere Abgeordneten von den Parteien bekommen zuviel Geld, sie haben die Realität verloren. Leider. – Das heißt für den UBV, wir müssen klüger und noch besser wie die anderen sein, dann schaut es für uns in Zukunft auch nicht schlecht aus!



Ilse Feldbauer

## Das Höfesterben in Oberösterreich

Ganz still und ohne aufzufallen haben auch in OÖ, zehntausende Bauernhöfe als „landwirtschaftliche Unternehmen“ zu bestehen aufgehört. Das offizielle OÖ und seine Parteien nahmen und nehmen davon offensichtlich keinerlei Notiz. Dies beschäftigt und beunruhigt sie überhaupt nicht. Wie es um den Fortbestand des Bauernstandes aussieht, dazu einige Zahlen:

|      | Betriebe gesamt | Haupterwerb | Nebenerwerb | Quelle: der jeweilige Grüne Bericht |
|------|-----------------|-------------|-------------|-------------------------------------|
| 1951 | 78.360          | —           | —           | in 19 Jahren                        |
| 1970 | 71.713          | —           | —           | um 6.647 Betriebe weniger           |
| 1990 | 53.038          | 20.572      | 32.466      |                                     |
| 2005 | 36.029          | 16.898      | 19.131      | in nur 8 Jahren                     |
| 2013 | 30.140          | 14.759      | 15.381      | um 5.889 Betriebe weniger           |

## STEIERMARK:

### BESTEUERUNGSORGIE STOPPEN – EIGENTUMSRECHTE SCHÜTZEN!

Die letzten Steuererhöhungen aus dem Vorjahr liegen unseren Landwirten noch immer unverträglich im Magen. Die Emotionen gehen nach wie vor hoch betreffs neue Immobiliensteuer und den neuen Einheitswerten, die mit ihren Erhöhungen weit über jeder politischen Ankündigung liegen. Davon sind sämtliche Steuern, Abgaben und die SVB-Beiträge ab 2017 zu bezahlen, wobei die SVB in ihren Mitteilungen beteuert, dass diese Erhöhungen nicht 1:1 auf die Beiträge umgelegt werden. Abwarten, es ist schon viel mehr versprochen als gehalten worden! Nicht zu vergessen, auch vom Agrardiesel wird nur geredet. – So wundert es nicht, dass Österreich im weltweiten Vergleich bezüglich „Wahrung der physischen Eigentumsrechte“ nur am beschämenden 27. Platz zu finden ist.

In der Regierung wird offensichtlich nicht bedacht, dass in jenen Ländern die im Bereich Eigentumsrechte führen, das Pro-Kopf-Einkommen um 21-mal höher ist als in jenen mit den schwächsten Eigentumsrechten. Auch stehen diese nachgewiesenermaßen in engem Zusammenhang mit sozialen und wirtschaftlichen Wohlstandsindikatoren.

Droht nun eine neue Belastungswelle? Aktuelle Presseberichte von Überlegungen in der Kanzlerpartei lassen dies erahnen. Der Weg den Staat „dicker anstatt schlanker“ zu machen, wird offensichtlich konsequent fortgesetzt. In Österreich ist eine kontinuierlich ansteigende Steuer- und Abgabenlast, selbst nach dem drastischen Einbrechen in der Landwirtschaft, feststellbar. Dies ist gepaart mit einem spürbar immer geringeren staatlichen Respekt vor den Eigentums- und Verfügungsrechten der Bürgerinnen und Bürger. Diese Entwicklung muss gestoppt und eine Korrektur vorgenommen werden die insbesondere wirtschaftlich gesunde, auch tatsächlich zukunftsfähige land- und forstwirtschaftliche Betriebe ermöglicht (faire Erzeugerpreise anstatt Einkommensdiskriminierung) anstatt diese zur Aufgabe zu zwingen.

Vor diesem Hintergrund brachte der UBV in die Vollversammlung vom 5. Oktober nachfolgende Anträge ein:

1. Die Vollversammlung fordert Bundesregierung und Nationalrat auf, zum Schutz der Eigentumsrechte, keine weiteren Beschlüsse zu fassen, welche die Steuer- und Abgabenlast der Bürgerinnen und Bürger erhöht.
2. Die Vollversammlung fordert Regierung und Nationalrat auf zu gewährleisten, dass auch im Falle von „Notfällen“ bzw. Staatsnotstand keine Lebensmittelbetriebe und keine Bauernbetriebe seitens der öffentlichen Hand beschlagnahmt werden dürfen.

3. Die Vollversammlung fordert Regierung und Nationalrat auf, für die vielen in höchste Not geratenen Bauernbetriebe (Milchkrise, Russlandsanktionen, Preisverfall, massivste Ernteverluste durch Frost, Schneedruck, Unwetter) umgehend ein nationales Hilfspaket zu schnüren, um möglichst viele, bereits am Rand des Ruins stehende Betriebe, zu retten.

## Alternative Finanzierungsmöglichkeiten

Aufgrund der vierjährigen Einkommensverluste wird in vielen Betrieben das Geld knapp bzw. fehlt überhaupt schon. Vielen steirischen Betriebsführern mangelt es nicht an neuen Ideen, doch fehlt es an ausgearbeiteten Plänen sowie an der Finanzierung dieser. Bereits bestehende Kredite müssen bedient werden und neue Kredite sind durch die verschärften Bankregelungen kaum zu erhalten.

Vor diesem Hintergrund ist eine bankenunabhängige Finanzierungsgrundlage also überaus gefragt. Sie wurde bisher nicht eingesetzt, weil man damit nicht vertraut ist. Wer weiß denn schon zwischen Venture-Capital, Business Angel, Inkubatoren oder Crowdfunding zu unterscheiden, hat überhaupt schon davon gehört. Es fehlt an einer entsprechend transparenten Information an die landwirtschaftlichen Betriebsführer, um diese alternativen Finanzierungsmöglichkeiten auch nützen zu können. Deshalb brachte die UBV-Fraktion folgende Anträge in der Vollversammlung ein:

1. Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer Steiermark sieht es als zweckmäßig an, dass Landwirte für die Finanzierung anstehender, notwendiger Investitionen, neben der Verwendung von Eigenkapital und Krediten, auch alternative Finanzierungsmöglichkeiten in Erwägung ziehen um diese bei Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit zu nützen.
2. Die Vollversammlung erachtet es deshalb als dringend geboten einen Leitfaden zu alternativen Finanzierungsinstrumenten zu erstellen. Dieser Leitfaden soll darüber hinaus insbesondere eine Anleitung enthalten wie ein Landwirt einen entsprechenden Investor finden kann, welche Unterlagen vorzubereiten sind, wie man zum vertraglichen Abschluss kommen kann. Mit der Umsetzung wird federführend die Direktion der Landwirtschaftskammer betraut. – Auch diese Anträge wurden dem zuständigen Ausschuss zugewiesen und **werden laut Geschäftsordnung in der übernächsten Vollversammlung diskutiert.** Zeit spielt keine Rolle?

## Holzimporte ohne Kontrolle!

Einfuhren von Holz, Sägespänen, Baumstämmen und Rinden sollten ja eigentlich ordnungsgemäß einer phytosanitären Kontrolle unterworfen werden. Doch derartige Importe aus anderen EU-Ländern nach Österreich wurden abgeschafft. Bemerkenswert ist dabei der offizielle Hinweis (Bundesamt für Ernährungssicherheit), dass die Kanarischen Inseln, die französischen überseeischen Departements und auch die Türkei gemäß Pflanzenschutz-Gesetz 2011, phytosanitär NICHT zu den Mitgliedsstaaten der EU zählen. Doch erfolgten 2016 Holzimporte von Schleif- und Blochholz nach Österreich in erheblichem Ausmaß. Diese haben unsere Waldbauern, die Waldwirtschaftsgemeinschaften und Forstbetriebe im Land, massiv wirtschaftlich geschädigt und führen bereits jetzt im Herbst zu Engpässen bei der Marktaufnahmefähigkeit.

## Da gibt's Kritik und Unmut

Aufgrund der Frost-, Schnee- und Hagelkatastrophen des heurigen Jahres gibt es für die in ihrer Existenz bedrohten Obstbauern in der Steiermark finanzielle Hilfe aus dem Katastrophenfonds. Zu 100 Prozent geschädigte Betriebe bekommen 4.000 Euro je Hektar. Das ist in Summe eine ganze Menge Geld, nach Meinung so mancher, auch für den einzelnen Betrieb. Doch gilt es dabei zu bedenken, dass diese spezialisierten Obstbaubetriebe „Fixkosten“ – unabhängig vom Ernteergebnis – in Höhe von 16.000 bis 17.000 Euro je Hektar haben. Außerdem wurde diese Hilfe mit 70.000 Euro gedeckelt, wodurch sie sich bei einer Fläche über 17,5 Hektar entsprechend vermindert. Nicht zu Unrecht löst dies heftige Kritik und Unmut aus. Der UBV hatte sich schon in der vorangegangenen LK-Vollversammlung nachdrücklichst gegen eine Deckelung ausgesprochen. (Siehe UBZ 115/08/16)

Weiters wird heftig kritisiert, dass das „Förderungsprogramm“ aus Mitteln der EU und des Landes, das eine siebenjährige Verpflichtung enthält, auch nach dieser Katastrophe erfüllt werden muss, ansonsten alle Gelder daraus zurückgezahlt werden müssen. Nach diesem Katastrophenjahr und einem fünfjährigen Einkommensminus wird dies als eine überharte Regelung angesehen und Unmut macht sich breit.

## DAS WIRKLICHKEITSFREMDE PROJEKT

Mit großem Trara wurden in der jüngsten LK-Vollversammlung von den Vertretern des Bauernbundes die Ergebnisse des Projektes „Land- und Forstwirtschaft 2030“ gelobt. Bei genauerem Hinsehen wird aber klar, dass darin die Ist-Situation der heimischen Land- und Forstwirtschaft keiner ausreichend kritischen Betrachtung und Beurteilung unterzogen wurde. In diesem Projekt, diesem Leitfaden für die Kammer und deren Funktionäre, wurde Wichtiges weggelassen, nicht berücksichtigt. Etwa dass die derzeitige „Gemeinsame Agrar Politik“ (GAP) mit dem Jahr 2020 endet und bereits jetzt von tiefgreifenden Reformen und grundsätzlichen Änderungen zu lesen ist. Auch internationale Handelsabkommen wie CETA und TTIP mit ihren Auswirkungen auf die Land- und Forstwirtschaft bleiben unberücksichtigt. Auch werden in diesem Leitfaden keinerlei Forderungen an die Politik erhoben, deren Umsetzung aber entscheidend dafür ist, ob die Verwirklichung dieses Leitbildes, dieses Projektes überhaupt einen realen Hintergrund, eine Chance hat. Aus Sicht der praktizierenden Bäuerinnen und Bauern ist dies alles für den UBV ein derart großes Manko, dass die Fraktion geschlossen dieses Projekt abgelehnt hat.

### CETA, TTIP, TISA im Dienste der Konzerne

Die Ungleichheit explodiert. 2010 besaßen 388 Superreiche soviel wie 3,5 Milliarden Ärmere. 2015 genügte dafür bereits 85 Superreiche, und 2016 besaß nur ein Prozent der Weltbevölkerung soviel, wie die restlichen 99 % zusammen. **Gute Welthandelssysteme müssen helfen diese Entwicklung umzukehren.** Handelsordnungen wie CETA, TTIP oder TISA maximieren den Standortwettbewerb, minimieren faire weltweite Regelungen, dominieren gegenüber der Politik, den Regierungen. Sogenannte Freihandelsverträge haben geschichtlich betrachtet noch nie dem Bauernstand gedient.

## SALZBURG:

### DEMONSTRATIONEN GEGEN TTIP UND CETA

Hunderttausende Menschen haben jüngst in Österreich und Deutschland gegen die geplanten Freihandelsabkommen mit Kanada und den USA demonstriert. Allein in Salzburg gingen laut Veranstalter 2.500 Menschen auf die Straße. Ein Bündnis von Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen, Umweltverbänden und kirchlichen Initiativen hatte dazu aufgerufen. In Österreich, sieben Städten Deutschlands und etlichen Orten in Schweden. Lautstark wurde ein STOPP der beiden Freihandelsabkommen verlangt, auf Transparenten wurde gefordert: „Mensch und Umwelt vor Profit stellen“. In Wien haben auch mehrere Politiker von SPÖ und Grünen an der Demo teilgenommen.

In Deutschland zogen diese Kundgebungen große Menschenmassen an. Allein in Berlin gingen laut Veranstaltern und Polizei 70.000 Menschen auf die Straße. Auch in Hamburg, Köln, München, Stuttgart, Frankfurt und Leipzig gab es derartige Proteste. In Köln protestierten Bauern mit einem Traktor-Korso. Die Organisatoren forderten insbesondere die deutschen Sozialdemokraten auf, CETA zu stoppen. Politikexperten vertreten die Meinung, dass davon die politische Zukunft ihres Parteivorsitzenden und Vizekanzlers Sigmar GABRIEL abhängt, was diesen Kundgebungen zusätzliche Brisanz verleiht.

### Wo waren die ÖVP-Bauern und ihre Vertreter?

Innerhalb der 2.500 salzburger Kundgebungsteilnehmer waren die Gewerkschafter stark vertreten. Ebenso die Konsumenten und deren Vertreter. Ja sogar Kirchenvertreter beteiligten sich und alle warnten vor allem vor den Auswirkungen dieser Handelsabkommen auf die Landwirtschaft, die Bäuerinnen und Bauern. Aus deren Mitte waren nur der UBV, die IG-Milch und Grüne Bäuerinnen und Bauern mit dabei. Aber wo waren Mitglieder und Funktionäre des Bauernbundes? Wo die Spitzenvertreter der Landwirtschaftskammer? Und wo war die Masse der Bäuerinnen und Bauern, die bereits zugegebenerweise zu den stark nachteilig Betroffenen gehören? Es war dies ein verregneter Samstagnachmittag und trotzdem keine Zeit, kein Interesse? Ist ihnen die eigene Zukunft etwa schon egal? Oder tun sie, ohne nachzudenken, was ihnen „Parteistrategen“ vorsagen? Meinen sie keine Bedenken, keine Angst vor Billigimporten haben zu müssen, obwohl wir Bäuerinnen und Bauern

alle schon gebrannte Kinder sind? Es scheint als ob Viele all die Warnungen von allen Seiten, von Kirche, Gewerkschaft, dem Chef von SPAR, von NGOs und weitblickenden Politikern, einfach in den Wind schlagen. Aber wenn diese beiden Handelsabkommen, so wie sie jetzt vorliegen, auch nach den angeblichen Nachbesserungen von Kanada, erst so richtig weh tun, dann ist es zu spät. Hat sie etwa das Märchen von den großen Exportchancen für die Landwirtschaft (zu Billigpreisen wie bisher) so beeindruckt? Gläubig wider besseres Wissen?

## Was hat man mit der Bauernschaft vor?

Auch nach diesen Demonstrationen steht die Frage im Raum: „Ja wer vertritt denn die kleinstrukturierte österreichische Landwirtschaft mit ihren bäuerlichen Familienbetrieben, wenn es um deren Zukunft geht?“ Der Bauernbund ganz offensichtlich nicht, wenn man die Aussagen ihrer Spitzenvertreter, der Präsidenten NR Jakob AUER und NR Hermann SCHULTES und deren Verhalten bei den Abstimmungen im Parlament in Betracht zieht. Sie sprachen von einer (dehnbaren) roten Linie die nicht überschritten werden dürfe und negieren die berechtigten Bedenken und Ängste der Mehrheit der Bäuerinnen und Bauern! Sind das Bauernvertreter?

## Wie sieht diese „rote Linie“ aus?

Hat sich die LK-Österreich genauso akribisch auch mit dem „nachgebesserten“ CETA-Vertrag beschäftigt, wie zum Beispiel die Arbeiterkammer, die NGOs oder die Grünen, Team Stronach und andere? Sie alle sehen ihre Bedenken nicht ausgeräumt und sind gegen ein Inkrafttreten dieses Handelsvertrages. Verfügt die LK-Österreich überhaupt über entsprechende Experten in Fragen internationales Handelsrecht? Englands Premierministerin gibt freimütig zu, dass diese spärlich gesät sind und sie sich diese in Brüssel suchen muss. Warum wird die Bauernschaft nicht ehrlich, offen und transparent darüber informiert, was die heimische Landwirtschaft – zu welchen Preisen – nach Kanada exportiert und was schon bisher von dort importiert wird? Wo die echten Vor- und Nachteile sind?

Eine Bauernvertretung die schon so oft die Unwahrheit verbreitete, vielfache Versprechen und Zusagen nicht umsetzte und jede Menge an Glaubwürdigkeit verloren hat, muss sich gefallen lassen, dass alles was sie tut kritisch hinterfragt wird.

Wir können Agrarerzeugnisse höchster Produktionsstandards und Qualität, die einer geradezu gigantischen Flut an Vorschriften und Kontrollen unterliegen, dann BESSER GEWINNBRINGENDER nach Kanada exportieren? Und was bekommen wir wirklich von dort? Etwa das, was wir in Österreich gar nicht benötigen und unsere Märkte ruiniert? **Darüber gehört die Bauernschaft vollständig und verständlich informiert.**

Zu gut ist noch in Erinnerung das vorzeitige Käfigverbot bei Legehühnern, mit dem Ergebnis, dass bis heute tonnenweise **Flüssigei und Eiklar aus Käfighaltung** in unseren Großküchen verkocht wird. Oder an die national überzogenen Haltungsverfahren für Puten, die ein hohes Importerfordernis zur Folge haben, aus Ländern, die auf ihre Putenmäster schauen und nicht der europaweite Primus in Sachen Putenhaltung und -aufzucht sein wollen. Nur zwei Beispiele, die aber die Rinder-, Schweine- und Ackerbauern noch vielfach mehren könnten.

War nicht schon Vieles scheinheilig und ist es etwa die sogenannte „rote Linie“ auch? Nicht ein globalisierter freier Weltmarkt, sondern klare Regeln und Zölle die ungleiche Produktions- und Wettbewerbsbedingungen ausgleichen, werden von Dauer sein und verhindern, dass die bäuerliche Landwirtschaft der Profit- und Machtgier geopfert wird.

## Harte Verhandlungen, auch ein Märchen

Hieß es da nicht vor noch gar nicht langer Zeit, die Bauernbundführung werde im Interesse fairer Erzeugerpreise für die Bauern, ganz hart mit den Handelsketten verhandeln? Aber ich lese jetzt unter anderem ein Angebot von SPAR, Eurospar und Interspar von minus 42 Prozent auf gentechnikfreie Schärddinger Leichtmilch, der Liter um 55 Cent. Da gibt's keine rote Linie? Keine Klagen gegen den Konzern? Oder ist das etwa ein Sonderangebot der „Schärddinger“ an den Handel? Galt all das nur VOR den Landwirtschaftskammerwahlen? Nur Spiegelfechtere – ein Wahlgag und nach den Wahlen verläuft wieder alles im Sand? Bei SPAR nun auch **BIO** schon um 25 Prozent billiger!

Ich kann da nur appellieren: „Bauern, Bäuerinnen wacht auf! Wir werden wieder einmal auf schändliche Art und Weise verkauft! Es geht doch um unsere Höfe, um die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder, um unseren Berufsstand, unsere Heimat.“